

159 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates VII. GP.

Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung

über die Regierungsvorlage (138 der Beilagen): Bericht an den Nationalrat, betreffend die auf der 36. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz angenommene Urkunde zur Abänderung der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation.

Auf der Genfer Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz vom Jahre 1953 wurde die Änderung der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation mit 189 Stimmen ohne Einspruch bei 2 Stimmenthaltungen angenommen. Die österreichische Delegation hat für die Annahme gestimmt.

Die Annahme dieser Urkunde zur Abänderung der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation durch die Republik Österreich kommt einem Staatsvertrag gleich, zu dessen Ratifikation nach Art. 65 Abs. 1 der Bundesverfassung 1929 der Herr Bundespräsident zuständig ist. Die Ratifikation bedarf überdies zu ihrer Gültigkeit nach Art. 50 der Bundesverfassung 1929 der Genehmigung des Nationalrates, da der Annahme der Urkunde durch die Republik Österreich die Bedeutung eines politischen Staatsvertrages zukommt.

Die Bundesregierung hat sich in der Sitzung des Ministerrates vom 22. September 1953 mit der Regierungsvorlage beschäftigt und den Beschluß gefaßt, dem Herrn Bundespräsidenten die vorbehaltlose Ratifikation der Urkunde zur Abänderung der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation vorzuschlagen und hiezu gemäß Art. 50 der Bundesverfassung 1929 die erforderliche Genehmigung des Nationalrates einzuholen.

Der Ausschuß für soziale Verwaltung hat die Regierungsvorlage in seiner Sitzung vom 19. November 1953 beraten und einstimmig den Beschluß gefaßt, dem Nationalrat die Genehmigung zu empfehlen.

Der Antrag des Ausschusses für soziale Verwaltung an das Hohe Haus lautet demnach:

Der Nationalrat wolle beschließen, der Urkunde zur Abänderung der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation die verfassungsmäßige Genehmigung zu erteilen.

Wien, am 19. November 1953.

Wilhelmine Moik,
Berichterstatte.

Proksch,
Obmann.